

Der rechte Terror des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) kostete zehn Menschen das Leben. Er erwuchs aus dem Rassismus in der Gesellschaft, der Verharmlosung der rechten Gefahr, dem systembedingten Versagen der Geheimdienste und Behördenkumpanei.

Eine Spur braunen Terrors zieht sich durch Deutschland: neun Morde mit derselben Waffe und die rätselhafte Hinrichtung einer Polizistin. Den aus der Türkei und aus Griechenland stammenden ermordeten Gewerbetreibenden und ihren Angehörigen schob man Mitschuld in die Schuhe. Fazit der zahlreichen Untersuchungsausschüsse: Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen.

In diesem Buch geht es zum einen um die (Nicht-)Aufklärung der NSU-Verbrechen. Zum anderen wird gezeigt, wie rechter Terror, das Versagen der Geheimdienste und der Rassismus aus der Mitte zusammengehen.

»Der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, angetrieben auch durch die unerträglichen Debatten der Politik um die Abschaffung des Asylrechts und die Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge, bereitete den Boden. Rassismus – das ist neben all den offenen Fragen um das Agieren des Staates das eigentliche Thema im Fall des NSU. Denn auch der Rassismus, der Antisemitismus, der Antiziganismus und die Islamophobie in der Gesellschaft sowie in Behörden führten dazu, dass zuerst die Opfer des braunen Terrors und ihre Angehörigen in den Fokus der Fahndungen gerieten und nie ernsthaft Rassismus als Tatmotiv und Neonazis als Täter erkannt wurden.«

(Aus dem Vorwort von Bodo Ramelow)

ISBN 978-3-89965-550-6



9 783899 165506

www.vsa-verlag.de

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen



**Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und
Rassismus aus der Mitte zusammengehen**

Herausgegeben von Bodo Ramelow

VSA

Bodo Ramelow

Staatsgeheimnisse um den NSU

Über das Zusammengehen von rechtem Terror,
Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte

Eine Spur braunen Terrors zog sich durch Deutschland. Neun rassistische Morde mit derselben Waffe und die rätselhafte Hinrichtung einer Polizistin. Den neun ermordeten Gewerbetreibenden versagte man jede Ehre, ihnen und ihren Angehörigen schob man Mitschuld in die Schuhe. Die Beamtin starb im Dienst, ihr gewährte man ein Staatsbegräbnis. Die Gewerbetreibenden stammten aus der Türkei und aus Griechenland. Der Umgang des deutschen Staates mit den Opfern und ihren Angehörigen machte den Unterschied. Ausgangspunkt der Betrachtung zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) ist die ausländerfeindliche Grundhaltung in Deutschland und das teils rassistische Handeln staatlicher Stellen. Rassismus hat in einer Gesellschaft, in der soziale Brüche immer größer und dynamischer werden, eine Funktion. Man kann Feindbilder schaffen. Nach oben buckeln, nach unten treten – die alte deutsche Verhaltensweise wurde mit der »Vereinigung« wieder nationales Kulturgut.

Die Quellen des braunen Terrors sind vielfältig, es gibt keine einfache und monokausale Antwort. Nach der Öffnung der DDR-Grenzen kamen hochgefährliche Neonazis aus Westdeutschland auch nach Thüringen. Der frühere »Wehrsportgruppen«-Chef Karl-Heinz Hoffmann, der Rechtsterrorist Manfred Roeder oder der Nazimusik-Händler Thorsten Heise. Die Prediger der Nazi-Ideologie kamen bei jungen Leuten an, deren Orientierung verloren gegangen war. Das traditionelle Zusammenspiel zwischen Elternhaus, Schule, Jugend- und Freizeiteinrichtungen funktionierte nicht mehr. »Das Boot ist voll, Scheinasylanten raus« oder »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg« – solche Parolen fanden dankbare Zuhörer. Wenn man den Entstehungsort des Kerns des späteren NSU aus Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe sucht, stößt man auf einen Jugendklub in Jena, den »Winzerklub«. Heute erinnern sich Sozialarbeiter, dass sie die Radikalisierung

spürten. Seinerzeit wurde geschwiegen. Das Konzept der »national befreiten Zone« zeigte Wirkung, Feindbilder wurden zentrales Element des Zusammengehörigkeitsgefühls. Aus Jugendlichen, die in ihrer Perspektivlosigkeit geschunden und getreten worden waren, entwickelten sich Schinder und Treter. Die Neonazi-Szene in der Region Jena, Saalfeld, Rudolstadt und Kahla hatte bundesweit gute Kontakte. Nahe Saalfeld wurde Mitte der 1990er Jahre in einer Gaststätte, die als brauner Sammelpunkt fungierte, der größte Thüringer Waffenfund seit 1945 ausgehoben. Doch wer gegen braunen Ungeist demonstrierte, bekam unter dem damaligen Innenminister Richard Dewes (SPD) Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Eine Quelle war der Staat, der »Verfassungsschützer«, Justizangehörige und Polizeikräfte nach Ostdeutschland versetzte. Dabei stand nicht unbedingt die A-Liga auf der Transferliste. Hier konnte man ungehemmt und unkontrolliert mit V-Leuten auf ganz besonders enge Art arbeiten und Spitzel gratifizieren, die ihren Lohn in die Neonazi-Szene brachten. Im NSU-Untersuchungsausschuss sagten die damaligen Bediensteten interessante Dinge. Wenn sie sich noch an etwas erinnern, dann an die Strategie »Nichts hören, nichts sehen, nichts wissen«. Der Beamte, der im Innenministerium von 1995 bis 2000 die Verantwortung für das Landeskriminalamt, die Polizei und den »Verfassungsschutz« trug, nennt sich eine »Primadonna«, die damaligen Amtsleiter von LKA und »Verfassungsschutz« gelten als Exzentriker. Die Thüringer Sicherheit lag also in den Händen einer Primadonna und zweier Exzentriker – niemand mag sich heute erinnern, warum.

Der NSU war ein Netzwerk, eingebettet in ein braunes Umfeld. Gesichert ist, dass die Neonazi-Organisation »Blood and Honour« (B&H) und deren Nachfolgestrukturen Bestandteil des Netzes waren. Der »Thüringer Heimatschutz« (THS) unter ihrem Gründer und V-Mann Tino Brandt war militantes Sammelbecken und Turbolader für den NSU. Karl-Heinz Hoffmann, Exchef der nach ihm benannten »Wehrsportgruppe«, tat seit der Wende so, als sei er nur der nette Unternehmer von nebenan. Kontakte nach Italien und in die Schweiz finden sich. Auch von dem in Thüringen aktiven Claus Nordbruch und dessen Farm in Südafrika gibt es Legendäres zu berichten. Der »Militärische Abschirmdienst« (MAD) hat in seinen Akten Berichte, dass Bundeswehrsoldaten dort Schieß-

übungen absolvierten. Immer wieder treffen wir auf MAD-Akten, die zeigen, dass der THS vom Militärgeheimdienst ausgeforscht wurde. Es gibt Belege beim MAD, dass der stellvertretende Präsident des Thüringer »Verfassungsschutzes«, Peter-Jörg Nocken, regelmäßig informiert wurde. Doch beim Landesamt finden sich kaum Eingangsbelege. Auch Vertreter der internationalen Neonazi-Organisationen »Combat 18« und der »Ku Klux Klan« (KKK) waren in Thüringen aktiv. An einer Kreuzverbrennung – Kennzeichen des Klans – nahe dem Saaleort Kahla nahmen auch spätere NSU-Mitglieder teil. Ein früherer KKK-Führer sagt, man hatte bundesweit mehrere Polizisten unter den Mitgliedern. Auch in der Einheit der ermordeten Beamtin Michèle Kiesewetter gab es sie. Heute sagt man, sie hätten nur unter einer ideologischen Verirrung gelitten, tatsächlich aber soll einer aus ihrem Einsatzzug in Führungsfunktionen eingebunden gewesen, ein weiterer eine Zeit lang in Libyen als Ausbilder gewesen sein, was er bestreitet. Hier besteht der Verdacht der Verstrickung ins internationale Söldnerwesen.

Drei Arbeitshypothesen haben wir in den Untersuchungsausschüssen verfolgt:

Erstens Schlaperei: Das ist die Geschichte, die der Öffentlichkeit vorgeführt wird. Dazu findet sich zentnerweise Material. Jeden Tag tauchen neue Belege auf, dass die »Verfassungsschutz«-Ämter sich wechselseitig hintergangen haben, die Polizei ausgetrickst wurde und die Justiz entweder dumm gehalten, dumm gemacht oder zum Teil des Problems wurde. Manche Nationalkonservative in staatlichen Funktionen verharmlosten die Taten als »Dummejungenstreiche«. In Thüringen hat die Landesregierung die »Schäfer-Kommission«¹ eingesetzt, um das Abtauchen der NSU-Terroristen und den Polizeieinsatz zur Verhaftung der Drei zu untersuchen. Dadurch kam einiges zutage, was als »Schlaperei« abzuhandeln ist. Ein totales Organisationsversagen des Staates ist zu konstatieren.

¹ Im November 2011 setzte der Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) eine unabhängige Kommission zur Untersuchung von Versäumnissen der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden ein. Der frühere Bundesrichter Gerhard Schäfer leitete sie. Der Bericht der Kommission ist vollständig im Internet abrufbar: www.thueringen.de/imperia/md/.../120515_schaefer_gutachten.pdf (21.3.2013).

Zweitens finden sich Hinweise der wechselseitigen Durchdringung organisierter Kriminalität mit der Neonazi-Szene. Bei Razzien in Motorradklubs in Berlin fanden sich beispielsweise Spuren, die bis zu Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe reichen. Außerdem soll die Polizeibeamtin Kiesewetter an Rauschgiftermittlungen beteiligt gewesen sein. Unklar bleibt, warum ihr Patenonkel nach ihrer Hinrichtung davon sprach, dass es sich auch hier um die Serie der »Türkenmorde« handeln müsse. Weiteres konnten wir nicht erhehlen.

Drittens steht die Frage nach einer »ordnenden Hand« in den Behörden, die Frage nach dem »tiefen Staat« im Räume. Dabei tauchen die Stichworte »Stay behind« und »Gladio« auf. Schnell landet man bei Verschwörungstheorien. Doch seriöse Recherche bringt Erstaunliches ans Licht. Dazu gehört die Behauptung eines Zuträgers, während der Hinrichtung von Kiesewetter sei ein US-Geheimdienst in der Nähe gewesen. Diese anfangs spektakuläre Meldung verschwand aus den Medien und wurde mit Hinweisen auf die Unglaubwürdigkeit des Zeugen gekontert. Doch in einer Vernehmung des letzten Sonderkommissionsleiters, der den Fall Kiesewetter untersuchte, kommt ans Licht, dass ein Fahrzeug eines ausländischen Dienstes in der Nähe war.

Immer wieder kommt das Schreddern sensibler Akten ans Licht. Warum gibt es Wellen von Schredderaktionen, die fast gleichzeitig in mehreren Diensten stattfinden? Hinterher erklären Beamte, dass es sich um abgelaufene Aufbewahrungsfristen oder Datenschutz gehandelt habe. Soweit die Untersuchungsausschüsse Duplo-Akten fanden oder auf Deckblätter geschredderter Akten stießen, wurde erkennbar, dass sie häufig internationale Bezüge hatten.

In Bad Homburg wurde am 30. November 1989 Alfred Herrhausen ermordet. Der Bankmanager hatte seltsame Dinge vorgeschlagen, darunter einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer. Er forderte mehr Transparenz und Offenheit. Von Banken verlangte er einen verantwortungsvollen Umgang mit Macht. Er soll von der RAF der dritten Generation ermordet worden sein. Bei der Beschäftigung mit dem Thema trifft man schnell auch auf einen Bekannten, Herrn Nocken, den späteren Vizepräsidenten des Thüringer »Verfassungsschutzes«. An ihn sollen damals Informationen des MAD gegangen sein, die sich in den Akten des Amtes nicht finden. Nocken soll Kontaktperson zu dem V-Mann Sieg-

fried N. gewesen sein, der als Kronzeuge die RAF für den Herrhausen-Mord belastete, die Aussage widerrief und sagte, er sei vom »Verfassungsschutz« zur Falschaussage genötigt worden. Nocken und weitere Beamte aus Hessen wechselten später als geschlossene Gruppe nach Thüringen. Die Frage im Untersuchungsausschuss, ob er seinerzeit V-Mann-Führer des Kronzeugen war, verneinte er. Er habe den V-Mann aber öfter gesprochen. Das führte zur Prüfung, ob Nocken eventuell V-Mann-Führer eines Marcel D. aus Gera war, bis zum Verbot von B&H deren Kassenwart und Sektionschef. Auch hier sagt Nocken, V-Mann-Führer sei er nicht gewesen, aber Gespräche habe es gegeben.

Die Gruppe aus Hessen muss von jemandem angefordert und von jemandem versetzt worden sein. Irgendwer muss dafür gesorgt haben, dass sie in Thüringen ungestört arbeiten konnte. Nocken war es, der nach der Amtsenthebung des Geheimdienstchefs Helmut Roewer den NPD- und THS-Funktionär Brandt als V-Mann reaktivierte. Brandt hatte nach eigenen Aussagen 200.000 DM vom »Verfassungsschutz« erhalten und das Geld in den Aufbau des THS investiert. Er betont, seine Stellung im THS sei durch das Eingreifen des Geheimdienstes gestärkt worden. Er erzählt, bei Observationen durch die Polizei sei hinter deren Observationswagen stets ein Fahrzeug des »Verfassungsschutzes« gefahren – um die Polizei zu observieren und ihn notfalls zu schützen. Fast alle Strafverfahren gegen ihn endeten ohne Konsequenzen. Was für eine Kumpanei hatte sich da aufgebaut?

In einem Film des ZDF zum Überfall auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München äußerte ein früherer Beamter, dass seinerzeit – vor der Gründung der GSG 9 – eine Scharfschützeneinheit in Pullach wartete. Die Truppe soll zur geheimen NATO-Struktur »Stay Behind« gehört haben, die im Fall eines Krieges hinter den feindlichen Linien operieren sollte. Wenn es 1972 so eine Truppe gab, wer hatte dafür die Verantwortung, wo sind die Entscheidungsstellen, die derartige Geheimoperation koordinieren? Und gibt es eventuell nicht nur eine zufällige Liaison mit internationalen Söldnergruppen, sondern Interessenlagen, bei denen V-Leute in solche Strukturen eingeschleust werden? Das »Celler Loch« 1978 lässt grüßen. Erwähnt sei, dass die frühere graue Eminenz des Thüringer Sicherheitsapparates, der Staatssekretär Michael Lipfert, direkt aus dem Bundesinnenministerium kam. Aus diesem Amt

wurde auch der geheimnisvolle Roewer geholt, der die »Nocken-Brigade« kommandierte. Ist es wirklich so weit hergeholt, beim NSU Verbindungen zwischen rechtem Terror und internationalen Söldnerstrukturen zu sehen?

Wenn man Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe spektakulär untertauchen ließ, dann erklärt sich auch, warum die gesamten späteren Polizeimaßnahmen ziellos und hilflos waren, warum die vielen V-Männer eingesetzt waren, warum sich Polizisten und Geheimdienstler wechselseitig lahmlegten und warum Zielfahnder Aktennotizen mit der Bemerkung angefertigt haben, sie seien zwar immer am richtigen Ort gewesen, aber immer zur falschen Zeit. Im »Schäfer-Bericht«² wird zitiert, wie ein V-Mann per SMS die Frage gestellt bekommt: »Was ist denn mit dem Bums?« Der Absender sei ein bekannter Neonazi gewesen. Benutzt wurde ein Handy, das auf das Innenministerium eines anderen Bundeslandes zugelassen war. Hat es sich hier um den Versuch gehandelt, aktiv Leute in solche Szenen abtauchen zu lassen, um mit ihnen Aufklärungsarbeit zu betreiben? Oder machte man gemeinsame Sachen mit internationalen Nazi- und Söldnerstrukturen, um ideologisch gefestigte Kader unter Waffen zu halten, die man – für was auch immer – einsetzen kann?

Zum Ende des NSU gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die Generalbundesanwaltschaft hat Polizeiprotokolle, Ermittlungsstände und Obduktionsberichte zum 4. November 2011 unter Verschluss genommen. Jetzt tröpfeln Informationen über die Medien, anderes kennen wir vom Hörensagen. Mir wurde nach dem 4. November durch Polizisten mitgeteilt, dass ihnen in Gotha und Eisenach Leute von MAD und Bundesnachrichtendienst (BND) auf den Füßen herumtrampelten. Auch zum ausgebrannten Wohnmobil ist Verblüffendes zu lesen. Auf Fotos vom Fahrzeuginneren sollen geschmolzene Spuren der Plexiglasfenster und Schmutz auf der Matratze zu erkennen sein sowie darauf ein nagelneuer, sauberer Rucksack. Dieser Rucksack war mit 23.000 Euro aus einem Banküberfall gefüllt. Einen Monat später fand man dann »zusätzlich« im gleichen Rucksack auch Bekenner-DVDs des NSU – das ist mehr

² Am 15.2.2012 stellte die Kommission ihren Abschlussbericht vor, vgl. www.thueringen.de/imperia/md/.../120515_schaefer_gutachten.pdf (25.3.2013).

als nur eine kleine Sensation. Es gibt weitere Fragen. Warum war der Leiter der Polizeidirektion Gotha sehr früh der Meinung, dass alle Beteiligten noch sehr lange an den Erkenntnissen kauen würden? Warum hatte die Polizei Gotha Informationen zu allen heute vom NSU-Ermittlungsverfahren Betroffenen schon am Tag nach dem Wohnmobilbrand an die Whiteboards pinnen können? Warum sind alle Bombenspuren, alle Sprengstofffunde, alle Asservate – sowohl in Köln als auch in Thüringen – nicht mehr existent? Die Herkunft von Sprengstoff kann man prüfen. Hätte das Ergebnis auf staatliche Stellen hingewiesen?

Das politische Konzept der Thüringer Landesregierung lautete: »Links gleich Rechts«. So konnte man Linke delegitimieren und Rechte verharmlosen. In der Mitte stand die sich bürgerlich gebende CDU. Doch tatsächlich stoßen wir in den Untersuchungsausschüssen auf Kumpanei der Sicherheitsbehörden mit Neonazis und den Gebrauch dieser Strukturen im politischen Kampf – und zwar bis in den parlamentarischen Raum. Der langjährige Vorsitzende der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen, Wolfgang Nossen, hat einen bemerkenswerten Satz geprägt. Das eigentliche Problem in Deutschland bestehe darin, dass als Staatsräson gelte: Der Feind steht links, und Feinde werden mit allen zulässigen und sonstigen Mitteln bekämpft. Rechts sei die »buckelige Verwandtschaft«, die könne man sich nun einmal nicht aussuchen – mit ihr gehe man etwas pfleglicher um. Der Thüringer Nazi und V-Mann Thomas Dienel brüstete sich, er habe Geld vom Amt bekommen, um Flugblätter gegen die Gewerkschaft »Handel, Banken und Versicherungen« (HBV) zu produzieren, deren Landesvorsitzender ich war. Man habe sogar beim Schreiben geholfen. An die Flugblätter erinnere ich mich gut, auch an die Verunglimpfung meines Stellvertreters Angelo Lucifero, der oft von Nazis bedroht wurde. In allen Briefkästen in Erfurt steckten diese Schmutzblätter, bezahlt mit Steuergeldern – eine staatlich finanzierte braune Kampagne. Und in Akten der NSU-Untersuchungsausschüsse finden sich Belege, dass der THS-Chef Brandt Störaktionen gegen die damalige PDS mit dem »Verfassungsschutz« abgesprochen habe.

Als Zeuge im Prozess gegen den Nazi Roeder, der in Erfurt die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« überfallen hatte, erlebte ich Böhnhardt und Mundlos, die im Gerichtssaal saßen. Bis heute vergesse ich ihre Blicke nicht. Die Botschaft hieß: Wir wissen, wer du bist. Das er-

lebten wir immer wieder. Lucifero wurden am Auto die Bremsschläuche durchschnitten, ich bekam Besuch von Nazis, in unserer Geschäftsstelle brannte der Keller. Wenig später brach man in unser Gewerkschaftsbüro ein, gestohlen wurde nur mein Adressbuch. Einer der Täter war wegen NS-Propagandadelikten schon polizeilich registriert. Trotzdem hieß es, dass es ein normaler Einbruch gewesen sei. Und beim Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge gab es eine Nachricht auf meinem Anrufbeantworter, wo mir jemand mitteilt, dass ich mit meiner Ermordung zu rechnen habe. Der Täter war der gleiche, der den Brandsatz warf. Zur selben Zeit druckte die Thüringer CDU eine Broschüre gegen die »Erfurter Erklärung«, für die ich mich engagierte. Material dafür stammte aus Akten des »Verfassungsschutzes«. Herausgeber war der damalige CDU-Landesvorsitzende Bernhard Vogel. Kurz darauf gab die CDU-Gliederung »Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft« eine Broschüre gegen linke Gewerkschafter heraus. Auch da wurden Lucifero, der damalige Thüringer DGB-Vorsitzende Frank Spieth und ich verunglimpft. Wer denkt, das sei der letzte Furz des Kalten Krieges in Thüringen gewesen, täuscht sich. 2007 gab es eine Neuauflage.

Der frühere Vorsitzende der NPD Erfurt/Sömmerda Kai-Uwe Trinkaus³ inszenierte in den Jahren 2006 bis 2008 Zersetzungskampagnen gegen Gewerkschaften, gegen Vereine und gegen Politiker der Partei DIE LINKE in Thüringen. Über den Landesvorsitzenden Knut Korschewsky wurde behauptet, er sei ein mit Neonazis kooperierender Querfrontler. Das Magazin »Der Stern« sowie die Thüringer Tageszeitung »Freies Wort« und die »Südthüringer Zeitung« druckten willfährig die falschen Behauptungen des NPD-Funktionärs ab. Gegen die Landtagsabgeordnete Susanne Hennig versuchte der Neonazi Stalking zu betreiben. Auf Anraten der Polizei erstattete sie Anzeige, das Verfahren wurde nun – fünf Jahre später! – Ende 2012 still und leise eingestellt. Im Herbst 2007 wurde dann der Abgeordnete Frank Kuschel Opfer der Machenschaften. Über die Jusos wurde ein bis dato unbekannter Nazi als Praktikant in unsere Landtagsfraktion eingeschleust. Ein Fernsehjournalist enttarnte den Neonazi schnell. Assistent von Trinkaus log er, der Ab-

³ Seit Dezember 2012 trägt er den Doppelnamen Trinkaus-Siemokat und agiert z.T. auch nur unter dem Namen Siemokat.

geordnete sei zudringlich geworden. Trinkaus ließ die Katze aus dem Sack: Erst im Landtagswahlkampf 2009 wollte die NPD die Unterwanderung öffentlich machen. Seit Dezember 2012 wissen wir, dass Trinkaus in dieser Zeit bezahlter Spitzel des »Verfassungsschutzes« war. Er gibt an, seine Aktionen mit dem Amt verabredet zu haben. Trotz zahlreicher Ermittlungsverfahren wurde er nur in zwei Fällen zu geringen Geldstrafen verurteilt.

Wir gehen davon aus, dass die Behörde mindestens von den Aktionen wusste, denn sie waren immer in den Medien präsent, wurden durch Anfragen Thema im Landtag und wurden Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen. Ich weiß, dass am 22. Januar 2007 der damalige Präsident des Thüringer »Verfassungsschutzes« Thomas Sippel den damaligen Innenminister Karl-Heinz Gasser (CDU) über die Anwerbung von Trinkaus informierte. Am 14. Dezember 2012 wurde auf Antrag der LINKEN ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt.⁴ Bündnis90/Die Grünen und die SPD unterstützten den Antrag, die FDP lehnte ihn ab und die CDU enthielt sich der Stimme. Seit Anfang März haben wir nun Zugriff auf die ersten Akten zu dem Fall aus den Ministerien, der Polizei und dem Thüringer Geheimdienst. Schon beim ersten Blick wurde klar: Der »Verfassungsschutz« war dank seiner V-Leute frühzeitig und gut über die Aktionen der Erfurter Szene informiert: dass Neonazi-Schläger in einem eigens gegründeten Verein Kampfsport üben oder dass militante Rechte einen Brandanschlag auf ein alternatives Zentrum in Erfurt geplant hätten. In dem Haus und auf dem Gelände lebten damals zahlreiche Menschen. Später brannte es dort tatsächlich, Täter konnten nie ermittelt werden.

Am Beispiel von Thüringen lässt sich zeigen, wie »linke Verfassungsfeinde« von »Verfassungsschützern« konstruiert wurden, um sie anschließend bekämpfen zu können. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat sind solche unkontrollierbaren geheimen Strukturen. Wir sagen daher Nein zu jedem Geheimdienst. Was wäre passiert, hätte man in Deutschland mit ein und derselben Waffe drei

⁴ Informationen zur Arbeit des Untersuchungsausschusses laufend aktualisiert unter www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/u_z/v_mann_skandal/ (22.3.2013).

Manager aus den USA oder Großbritannien erschossen? Ich bin davon überzeugt, dass es einen Aufstand der Mehrheitsgesellschaft gegeben hätte, der Sicherheitsapparat aufgebläht worden wäre und die Zeitung mit den vier großen Buchstaben den Kopf aller Innenminister gefordert hätte. Aber es waren ja »nur« acht türkische und ein griechischer Kleingewerbetreibender. Deshalb geht es auch um mehr als nur um Aufklärung. Es geht um die Verantwortung dafür, dass Islamophobie, Antisemitismus und Rassismus bekämpft werden. Gegen braunen Ungeist Gesicht zu zeigen, muss Staatsräson werden. Das sind wir den Opfern rassistischer und rechter Gewalt schuldig.